

Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für die Verkehrsanlagen der Stadt Oranienbaum-Wörlitz im Geltungsbereich der Ortschaften Vockerode, Riesigk, Gohrau, Rehsen (Straßenausbaubeitragssatzung)

	Beschlussfassung	Veröffentlichung	Inkrafttreten
Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für die Verkehrsanlagen der Stadt Oranienbaum-Wörlitz im Geltungsbereich der Ortschaften Vockerode, Riesigk, Gohrau, Rehsen	02.09.2014	Amtsblatt der Stadt Oranienbaum-Wörlitz Nr. 10/2014 vom 01.10.2014	02.10.2014

**Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für die Verkehrsanlagen
der Stadt Oranienbaum-Wörlitz im Geltungsbereich der Ortschaften
Vockerode, Riesigk, Gohrau, Rehsen
(Straßenausbaubeitragsatzung)**

Inhaltsverzeichnis

§ 1.	Einmalige Beiträge für Verkehrsanlagen	2
§ 2.	Beitragsfähiger Aufwand	2
§ 3.	Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes	3
§ 4.	Ermittlung des umlagefähigen Aufwandes – Vorteilsbemessung	3
§ 5.	Beitragsmaßstab	5
§ 6.	Beitragsschuldner	7
§ 7.	Entstehung der sachlichen und persönlichen Beitragspflicht, Veranlagung und Fälligkeit des Beitragsanspruchs	8
§ 8.	Aufwandsspaltung	8
§ 9.	Abschnittsbildung	9
§ 10.	Vorausleistungen, Ablösung des Ausbaubeitrages	9
§ 11.	Auskunftspflicht	9
§ 12.	Billigkeitsregelungen	9
§ 13.	Überleitungsregelungen	10
§ 14.	Ordnungswidrigkeiten	10
§ 15.	Inkrafttreten	11

Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für die Verkehrsanlagen der Stadt Oranienbaum-Wörlitz im Geltungsbereich der Ortschaften Vockerode, Riesigk, Gohrau, Rehsen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Aufgrund der §§ 5 und 8 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288) i. V. mit §§ 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) i. d. F. d. Bek. vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert § 6 durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288, 340), hat der Stadtrat Oranienbaum-Wörlitz in seiner Sitzung am 02.09.2014 folgende Satzung über die Erhebung eines einmaligen Straßenausbaubeitrages beschlossen.

§ 1. Einmalige Beiträge für Verkehrsanlagen

- (1) Die Stadt Oranienbaum-Wörlitz erhebt einmalige Beiträge für Investitionsaufwendungen, die durch das Vorhalten von Verkehrsanlagen (Straßen, Wege, Plätze sowie selbstständige Grünanlagen und Parkeinrichtungen) entstehen.
- (2) Ausbaubeiträge werden für alle Maßnahmen, die der Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von Verkehrsanlagen dienen, erhoben.
 1. Eine „**Erweiterung**“ ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertig gestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile.
 2. Eine „**Verbesserung**“ liegt vor, wenn sich der Zustand der Anlage oder der Teil-einrichtung nach dem Ausbau insbesondere hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung, der funktionalen Aufteilung der Gesamtfläche oder der Art ihrer Befestigung von ihrem ursprünglichen Zustand unterscheidet.
 3. „**Erneuerung**“ ist die Ersetzung einer abgenutzten Anlage durch eine neue Anlage von gleicher räumlicher Ausdehnung, gleicher funktionaler Aufteilung der Fläche und gleichwertiger Befestigungsart.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht für die Herstellung von Erschließungsanlagen, soweit sie i. S. v. § 127 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig sind.

§ 2. Beitragsfähiger Aufwand

- (1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für
 1. den Erwerb und die Freilegung der für die Durchführung der in § 1 Abs. 2 genannten Maßnahmen benötigten Grundflächen einschließlich der Nebenkosten, dazu zählt auch der Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt der Bereitstellung einschließlich der Bereitstellungsnebenkosten,
 2. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von Fahrbahnen, auch von Ortsdurchfahrten, sofern die Stadt Baulastträger nach § 42 StrG LSA ist und keine anderweitigen gesetzlichen Regelungen getroffen sind,
 3. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von:
 - a) Gehwegen,
 - b) Radwegen,
 - c) Park- und Halteflächen, die Bestandteil der Verkehrseinrichtung sind,
 - d) unselbständige Grünanlagen, Straßenbegleitgrün,
 - e) Straßenbeleuchtung,
 - f) Einrichtungen zur Oberflächenentwässerung der Straße,
 - g) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - h) Randsteinen und Schrammborden,
 - i) Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen.

4. die Beauftragung Dritter mit der Planung und Bauleitung,
 5. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von Wegen, Fußgängerzonen und Plätzen, selbständigen Grünanlagen und Park-einrichtungen.
- (2) Zum beitragsfähigen Aufwand gehören auch die Aufwendungen für die Fremd-finanzierung der in Abs. 1 bezeichneten Maßnahmen.
- (3) Die Stadt kann in einer gesonderten Satzung bestimmen, dass auch nicht in Abs. 1 genannte Aufwendungen der Maßnahme zum beitragsfähigen Aufwand gehören. In dieser Satzung ist der beitragsfähige Aufwand konkret zu bezeichnen und der vom Beitragspflichtigen zu tragende Anteil festzusetzen. Die Satzung ist vor Beginn der Maßnahme öffentlich bekannt zu machen.
- (4) Nicht beitragsfähig sind die Kosten für
1. die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der in Abs. 1 genannten Anlagen,
 2. Hoch- und Tiefstraßen sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen), ferner für Brücken, Tunnel und Unterführungen mit den dazu gehörigen Rampen.

§ 3. Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Aufwendungen ermittelt. Soweit die Stadt eigene Grundstücke für die Durchführung einer Maßnahme bereitstellt, ist der Verkehrswert des Grundstückes als Aufwand anzusetzen.
- (2) Der Aufwand für
- Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen
 - Ersatzleistungen wegen Veränderungen des Straßenniveaus
- wird den Kosten der Fahrbahn zugerechnet.
- (3) Der beitragsfähige Aufwand kann für die gesamte Einrichtung oder für selbständig nutzbare Abschnitte der Einrichtung (Abschnittsbildung) ermittelt werden. Über die Abschnittsbildung entscheidet im Einzelfall der Stadtrat durch Beschluss. Abweichend hiervon kann der Stadtrat beschließen, dass bei der Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes mehrere vergleichbare Maßnahmen zu Abrechnungseinheiten zusammen-gefasst werden. Der Beschluss über die Zusammenfassung ist zu veröffentlichen, bevor die Maßnahme gesondert ermittelt wird.
- (4) Der beitragsfähige Aufwand für eine Einrichtung oder einen selbständigen Abschnitt der Einrichtung kann jeweils für die einzelne Ausbaumaßnahme insgesamt, aber nach Maßgabe des § 9 auch gesondert für den Grunderwerb, die Freilegung und für nutzbare Teile der Verkehrseinrichtung ermittelt werden (Aufwandsspaltung).

§ 4. Ermittlung des umlagefähigen Aufwandes – Vorteilsbemessung

- (1) Die Stadt trägt zur Abgeltung des öffentlichen Interesses von dem beitragsfähigen Aufwand den Teil, der auf die Inanspruchnahme der Verkehrsanlagen durch die Allgemeinheit oder die Stadt entfällt. Den übrigen Teil des Aufwandes haben die Beitragspflichtigen zu tragen.
- (2) Zuschüsse Dritter werden, soweit es sich dabei um Zuschüsse des Landes Sachsen-Anhalt bzw. um solche privater Zuschussgeber handelt und der Zuschussgeber nichts anderes bestimmt sowie andere Zuschüsse, insbesondere solche aus Bundesmitteln, sind zunächst ausschließlich auf den Gemeindeanteil anzurechnen, sofern der Zuschussgeber nicht ausdrücklich eine andere Verwendung vorsieht. Sofern der der Stadt anzurechnende Zuschussbetrag im Falle des Satzes 1 die Höhe des von ihr zu tragenden

Anteils übersteigt, ist der Restbetrag zu Gunsten der Beitragspflichtigen anzurechnen; im Falle des Satzes 2 gilt dies nur dann, wenn der Zuschussgeber dies zulässt.

(3) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand beträgt:

1. bei Verkehrsanlagen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen, sowie bei verkehrsberuhigten Wohnstraßen (Anliegerstraßen)

Teileinrichtung	Anteil der Beitragspflichtigen
- Fahrbahnen; einschließlich der Böschungen, Schutz- und Stützmauern sowie Trenn-, Seiten, Rand- und Sicherheitsstreifen	50 %
- Radwege, Rad- und Gehwege als kombinierte Anlage einschließlich Randsteine und Schrammborde	50 %
- Parkflächen (unselbstständige)	60 %
- Gehwege einschließlich Randsteine und Schrammborde	60 %
- Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	60 %
- Unselbständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	40 %

2. bei Verkehrsanlagen mit starkem innerörtlichen Verkehr (Innerorts- oder Haupteerschließungsstraßen)

Teileinrichtung	Anteil der Beitragspflichtigen
- Fahrbahnen; einschließlich der Böschungen, Schutz- und Stützmauern sowie Trenn-, Seiten, Rand- und Sicherheitsstreifen	20 %
- Radwege, Rad- und Gehwege als kombinierte Anlage einschließlich Randsteine und Schrammborde	20 %
- Parkflächen (unselbstständige)	40 %
- Gehwege einschließlich Randsteine und Schrammborde	40 %
- Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	40 %
- Unselbständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	40 %

3. bei Verkehrsanlagen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen (Durchgangs- oder Hauptverkehrsstraßen)

Teileinrichtung	Anteil der Beitragspflichtigen
- Fahrbahnen; einschließlich der Böschungen, Schutz- und Stützmauern sowie Trenn-, Seiten, Rand- und Sicherheitsstreifen	10 %
- Radwege, Rad- und Gehwege als kombinierte Anlage einschließlich Randsteine und Schrammborde	10 %
- Parkflächen (unselbstständige)	50 %
- Gehwege einschließlich Randsteine und Schrammborde	40 %
- Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	40 %
- Unselbständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	40 %

4. Bushaltestellen 10 %

5. Wege, die in erster Linie zur Benutzung durch die Eigentümer der anliegenden land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke bestimmt sind und die regelmäßig in erster Linie von diesem Personenkreis bzw. deren Pächtern benutzt werden (Wirtschaftswege) 50 %

6. bei außerhalb der geschlossenen Ortslage (Außenbereich) verlaufenden Gemeindestraßen 50 %

- | | |
|--|------|
| 7. Selbständige Grünanlagen und selbständige Parkflächen | 50 % |
| 8. Fußgängerzonen und Plätze | 30 % |

§ 5. Beitragsmaßstab

- (1) Beitragsmaßstab für die Verteilung des umlagefähigen Aufwandes nach § 4 auf die Beitragspflichtigen ist die mit einem – nach der Anzahl der Vollgeschosse in der Höhe gestaffelten – Nutzungsfaktor vielfältigte Grundstücksfläche (Vollgeschossmaßstab). Vollgeschosse im Sinne dieser Satzung sind Geschosse, deren Deckenoberfläche im Mittel mehr als 1,60 m über die Geländeoberfläche hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m haben. Ist die Geschoszahl wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, wird je vollendete 2,30 m – bei industrielle genutzten Grundstücken 3,50 m – Höhe des Bauwerks ein Vollgeschoss gerechnet. Es wird jedoch mindestens immer ein Voll-geschoss angerechnet.
- (2) Grundstück im Sinne der nachfolgenden Regelung ist grundsätzlich das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechtes. Ist ein vermessenes und im Bestandsverzeichnis des Grundbuches unter einer eigenen Nummer eingetragenes Grundstück nicht vorhanden, so gilt die von dem Beitragspflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche als Grundstück. Als für die Beitragsermittlung maßgebliche Grundstücksfläche gilt:
1. für Grundstücke, die im vollen Umfange der Bebaubarkeit zugänglich sind, also mit ihrer gesamten Fläche im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB, einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB, innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles nach § 34 Abs. 1 BauGB liegen oder teilweise innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles nach § 34 Abs. 1 BauGB und teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB und/oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen die gesamte Grundstücksfläche;
 2. für Grundstücke, die mit ihrer Fläche teilweise innerhalb eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB und/oder innerhalb einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Grundstücksfläche, die innerhalb des Bebauungsplanes und/oder innerhalb der Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegt,
 3. für Grundstücke, die nicht unter Nr. 5 fallen, für die kein Bebauungsplan nach § 30 BauGB und/oder keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht und die teilweise innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles nach § 34 Abs. 1 BauGB und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes, höchstens jedoch die Grundstücksfläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Linie bei Grundstücken, die an die Verkehrsanlage grenzen;
 4. für Grundstücke, die über die tiefenmäßige Begrenzung nach Nr. 2 und 3 hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Grundstücksfläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze bzw. im Falle von Nr. 3 b die Fläche zwischen der der Verkehrsanlage zugewandten Grundstücksgrenze und einer hinter der übergreifenden Bebauung oder übergreifenden gewerblichen Nutzung verlaufenden Linie;
 5. für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan eine sonstige Nutzung ohne oder nur mit untergeordneter Bebauung festsetzt oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles nach § 34 Abs. 1 BauGB so genutzt werden, insbesondere Fest-, Sport- oder Campingplatz, Schwimmbad, Dauerkleingartengelände, Wochenendhausgebiete oder Friedhof 65 v. H. der Grundstücksfläche;
 6. für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellung eine der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist, insbesondere Abfalldeponien, die Grundstücksfläche, auf die sich die Planfeststellung bezieht;
 7. für alle anderen bebauten Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB) die Grund-fläche der auf dem Grundstück liegenden Baulichkeiten geteilt durch 0,2;
 8. für Grundstücke im Außenbereich oder die wegen entsprechender Festsetzungen nur in anderer Weise, z.B. nur land- bzw. forstwirtschaftlich, genutzt werden können, die gesamte Grundstücksfläche;

9. bei Grundstücken im Innenbereich, die nicht unmittelbar an die Verkehrsanlage grenzen, mit dieser durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind, die gesamte Grundstücksfläche;
- (3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:
1. bei Grundstücken, die innerhalb eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, die dort festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse; hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, sind die dort getroffenen Festsetzungen maßgebend;
 2. bei Grundstücken, die innerhalb eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, der/die an Stelle der Vollgeschosse nur die Höhe der baulichen Anlage festsetzt, ist die Zahl der Vollgeschosse wie folgt zu ermitteln:
 - a) für Grundstücke außerhalb ausgewiesener Industrie- und Gewerbegebiete die festgesetzte höchstzulässige Höhe der baulichen Anlage geteilt durch 2,3. Bruchzahlen sind auf die nächstfolgende volle Zahl aufzurunden,
 - b) für Grundstücke innerhalb ausgewiesener Industrie- und Gewerbegebiete die festgesetzte höchstzulässige Höhe der baulichen Anlage geteilt durch 3,5. Bruchzahlen sind auf die nächstfolgende volle Zahl aufzurunden.
 3. bei Grundstücken, die außerhalb eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen oder für die in einem Bebauungsplan oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB weder die Zahl der Vollgeschosse noch eine zulässige Gebäudehöhe bestimmt sind,
 - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vor-vorhandenen Vollgeschosse oder, soweit im Bebauungsplan oder in einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB Festsetzungen für diese Grundstücke erfolgt sind, die dort festgesetzten oder nach Nr. 2 berechneten Vollgeschosse,
 - b) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von einem Vollgeschoss; dies gilt für Türme, die nicht Wohn-, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend,
 4. bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan oder in einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB „sonstige Nutzung“ festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplan-gebieten oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB tatsächlich so genutzt werden, insbesondere als Sport-, Fest- oder Campingplatz, Schwimmbad, Friedhof, Kleingartengelände oder Wochenendhausgebiete, ist als Nutzungsmaß ein Vollgeschoss anzusetzen,
 5. bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächlichen Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss,
 6. für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB) gilt:
 - a) Liegt ein Grundstück im Außenbereich, bestimmt sich die Zahl der Vollgeschosse nach der genehmigten oder bei nicht genehmigten oder geduldeten Bauwerken nach der tatsächlichen Bebauung.
 - b) Bei Grundstücken im Außenbereich, für die durch Planfeststellungsbeschluss eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist, wird – bezogen auf die Fläche nach Abs. 2 Nr. 7 – ein Vollgeschoss angesetzt.
 7. Wird die Zahl der nach Nr. 1 bis 8 ermittelten Vollgeschosse durch die tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse überschritten, ist die Anzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse der Berechnung zu Grunde zu legen.
 8. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.
- (4) Der Nutzungsfaktor, mit welchem die nach Abs. 2 ermittelte Grundstücksfläche unter Berücksichtigung der nach Abs. 3 ermittelten Vollgeschosse zu vervielfältigen ist, beträgt im Einzelnen:
1. für bebaute oder bebaubare, gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare bzw. industriell genutzte oder nutzbare Grundstücke bei

a) eingeschossiger Bebaubarkeit	1,00
b) für das zweite und jedes weitere Vollgeschoss	0,25

- | | |
|---|-------|
| 2. für Grundstücke, für die nur eine untergeordnete Bebauung zulässig ist, z.B. Stellplatz- und Garagengrundstücke, bei | |
| a) eingeschossiger Bebaubarkeit | 0,75 |
| b) für jedes weitere zulässige Vollgeschoss | 0,25 |
| 3. für Grundstücke mit sonstiger Nutzung im Sinne des Abs. 2 Nr. 5 | |
| a) soweit eine Bebauung besteht, für die Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch eine Grundflächenzahl von 0,2 ergibt für das erste Vollgeschoss | 1,00 |
| b) für jedes weitere Vollgeschoss | 0,25 |
| c) für die verbleibende Teilfläche | 0,50 |
| 4. für unbebaubare Grundstücke sowie (auch bebaute) Grundstücke im Außenbereich | |
| a) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbarer Waldbestand | 0,02 |
| b) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland | 0,04 |
| c) gewerbliche Nutzung ohne Baulichkeiten (z.B. Bodenabbau) | 1,00 |
| d) gewerbliche Nutzung mit Bebauung, für die Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt | |
| aa) für das erste Vollgeschoss | 1,50 |
| bb) für jedes weitere Vollgeschoss | 0,375 |
| cc) für die verbleibende Teilfläche entsprechend lit.c) | 1,00 |
| e) auf denen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder Nebengebäude vorhanden sind, für die eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch 0,2 ergibt | |
| aa) bei eingeschossiger Bebauung | 1,00 |
| bb) für jedes weitere Vollgeschoss | 0,25 |
| (5) Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe-, Industrie und Sondergebieten (§ 11 BauNVO) wird die nach Abs. 2 bis Abs. 4 ermittelte Verteilungsfläche um 33 v.H. erhöht (gebiets-bezogener Artzuschlag). Dies gilt entsprechend für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten. Bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke) in sonstigen Baugebieten erhöhen sich die Maßstabsdaten um 25 v. H. (grundstücks-bezogener Artzuschlag). | |
| (6) Ergeben sich bei der Ermittlung der beitragspflichtigen Fläche Bruchzahlen, werden diese auf volle Meter auf- bzw. abgerundet. | |

§ 6. Beitragsschuldner

- (1) Beitragspflichtig ist, wer zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Ist das Grundstück mit einem dinglichen Nutzungsrecht nach Art. 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in der Fassung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494), zuletzt geändert durch Art. 3 des Vermögensanpassungsgesetzes vom 4. Juli 1995 (BGBl. I S. 895) belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Inhaber dieses Rechtes beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
- (2) Für Grundstücke und Gebäude, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes ein-getragen sind, tritt an die Stelle des Eigentümers der Verfügungsberechtigte i. S. v. § 8 Abs. 1 des Vermögenszuordnungsgesetzes in der Fassung vom 29. März 1994 (BGBl. I S. 709).

- (3) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück; im Falle des Abs. 1 Satz 2 auf dem Erbbau-recht; im Falle des Abs. 1 Satz 4 auf dem Wohnungs- bzw. Teileigentum.

§ 7. Entstehung der sachlichen und persönlichen Beitragspflicht, Veranlagung und Fälligkeit des Beitragsanspruchs

- (1) Die sachliche Beitragspflicht entsteht mit der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme. Die beitrags-fähige Maßnahme ist beendet, wenn die technischen Arbeiten gemäß dem gemeindlichen Baupro-gramm abgeschlossen sind und der Aufwand berechenbar ist und die erforderlichen Grundflächen im Eigentum der Gemeinde stehen.
- (2) In den Fällen einer Aufwandsspaltung (§ 8) entsteht die sachliche Beitragspflicht mit der Beendigung der Teilmaßnahme, sofern zu diesem Zeitpunkt der Aufwandsspaltungsbeschluss vorliegt.
- (3) Bei der Abrechnung von selbständig nutzbaren Abschnitten (§ 3 Abs. 2) entsteht die sachliche Beitrags-pflicht mit der Beendigung der Abschnittsmaßnahme, sofern zu diesem Zeitpunkt der Abschnittsbil-dungsbeschluss vorliegt. Die Regelung des Abs. 2 gilt für die Beendigung der Abschnittsmaßnahme ent-sprechend.
- (4) Der Beitrag wird zu dem im Bescheid angegebenen Zahlungstermin, frühestens jedoch einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides an den nach § 6 zu bestimmenden Beitragsschuldner fällig. Für unbebaute Grundstücke werden bis zu Ihrer Bebauung oder gewerblichen Nutzung nur die auf die Grundstücksgröße entfallenden Beiträge fällig.
- (5) Der Beitragsbescheid enthält mindestens:
1. die Bezeichnung des Beitrages,
 2. den Namen des Beitragsschuldners,
 3. die Bezeichnung des Grundstücks,
 4. den zu zahlenden Betrag,
 5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Ge-meindeanteils und der Berechnungsgrundlage nach dieser Satzung,
 6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins. Im Falle des Abs. 4 Satz 2 unter Hinweis darauf, wann der auf die Nutzung der Grundstücke entfallende Betrag fällig wird.
 7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht und
 8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (6) Die persönliche Beitragspflicht entsteht mit Bekanntgabe des Beitragsbescheides an den nach § 6 Bei-tragspflichtigen.

§ 8. Aufwandsspaltung

- (1) Ohne Bindung an eine bestimmte Reihenfolge kann der Straßenausbaubeitrag selbständig für
1. den Grunderwerb für die öffentliche Einrichtung,
 2. die Freilegung der Fläche für die öffentliche Einrichtung,
 3. die Fahrbahn,
 4. den Radweg,
 5. den Gehweg,
 6. die unselbständigen Parkflächen,
 7. die Beleuchtung,
 8. die Oberflächenentwässerung,
 9. die unselbständige Grünanlagen,

erhoben werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen ist.

- (2) Abs. 1 findet auf die in § 3 Abs. 2 genannten Fälle entsprechende Anwendung.
- (3) Ob und wofür im Einzelfall eine Aufwandsspaltung vorgenommen wird, hat der Stadtrat durch Beschluss zu entscheiden.

§ 9. Abschnittsbildung

- (1) Für selbständig benutzbare Abschnitte einer Einrichtung kann der Aufwand selbständig ermittelt und erhoben werden.
- (2) Erstreckt sich die beitragsfähige Maßnahme auf mehrere Abschnitte einer Einrichtung für die sich nach § 4 unterschiedliche umlagefähige Anteile ergeben, so sind diese Abschnitte gesondert abzurechnen.

§ 10. Vorausleistungen, Ablösung des Ausbaubeitrages

- (1) Sobald mit der Durchführung der Maßnahmen begonnen worden ist, kann die Stadt angemessene Vorausleistungen bis zur Höhe der voraussichtlichen Beitragsschuld erheben. Für den Beitragsbescheid und für die Fälligkeiten gelten die Regelungen gem. § 7 Abs. 4 und 5 entsprechend.
- (2) Der Beitrag kann im Ganzen vor Entstehen der sachlichen Beitragspflichten durch Abschluss eines Ablösevertrages abgelöst werden. Der Ablösung wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kostenentwicklung die abgezinste voraussichtliche Beitragsschuld zugrunde gelegt.

§ 11. Auskunftspflicht

Die Beitragspflichtigen sind verpflichtet, der Stadt alle zur Ermittlung der Beitragsgrundlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen, auf Verlangen geeignete Unterlagen vorzulegen und jeden Eigentumswechsel, jede Veränderung der Grundstücksgröße bzw. der Anzahl der Vollgeschosse sowie jede Nutzungsänderung anzuzeigen.

§ 12. Billigkeitsregelungen

- (1) Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis können entsprechend § 13 a Abs. 1 Kommunales Abgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder zum Teil erlassen werden. Für die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Abgabenschuldverhältnis gelten die §§ 218 bis 223, 224 Abs. 1 und 2, §§ 225, 226, 227 Abs. 1 sowie §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung entsprechend.
- (2) Grundstücke der Ortschaft Vockerode, die nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienen oder dienen werden und deren Fläche 30 v. H. oder mehr über der durchschnittlichen Grundstücksfläche von 1.369 qm liegt, also 1.780 qm überschreitet (=übergroßes Wohngrundstück), werden bei der Heranziehung der Beitragspflichtigen, sofern sie über maximal fünf Wohnheiten verfügen, nur begrenzt wie folgt berücksichtigt:

- von 1.781 qm bis einschließlich 2.738 qm (=doppelte Durchschnittsfläche) mit 30 %
- die restliche Grundstücksfläche, also ab 2.739 qm bis einschließlich 4.107 qm (dreifache Durchschnittsfläche) mit 20 %

Die restliche Grundstücksfläche über 4.107 qm wird nicht veranlagt.

- (3) Grundstücke der Ortschaft Riesigk, die nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienen oder dienen werden und deren Fläche 30 v. H. oder mehr über der durchschnittlichen Grundstücksfläche von 2.833 qm liegt, also 3.683 qm überschreitet (=übergroßes Wohngrundstück), werden bei der Heranziehung der Beitragspflichtigen, sofern sie über maximal fünf Wohnheiten verfügen, nur begrenzt wie folgt berücksichtigt:
- von 3.684 qm bis einschließlich 4250 qm (=doppelte Durchschnittsfläche) mit 30 %
 - die restliche Grundstücksfläche, also ab 4.251 qm bis einschließlich 5.666 qm (dreifache Durchschnittsfläche) mit 20 %
- Die restliche Grundstücksfläche über 5.666 qm wird nicht veranlagt.
- (4) Grundstücke der Ortschaft Gohrau, die nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienen oder dienen werden und deren Fläche 30 v. H. oder mehr über der durchschnittlichen Grundstücksfläche von 1.473 qm liegt, also 1.915 qm überschreitet (=übergroßes Wohngrundstück), werden bei der Heranziehung der Beitragspflichtigen, sofern sie über maximal fünf Wohnheiten verfügen, nur begrenzt wie folgt berücksichtigt:
- von 1.916 qm bis einschließlich 2.946 qm (=doppelte Durchschnittsfläche) mit 30 %
 - die restliche Grundstücksfläche, also ab 2.947 qm bis einschließlich 4.419 qm (dreifache Durchschnittsfläche) mit 20 %
- Die restliche Grundstücksfläche über 4.419 qm wird nicht veranlagt.
- (5) Grundstücke der Ortschaft Rehsen, die nach der tatsächlichen Nutzung vorwiegend Wohnzwecken dienen oder dienen werden und deren Fläche 30 v. H. oder mehr über der durchschnittlichen Grundstücksfläche von 1.632 qm liegt, also 2.122 qm überschreitet (=übergroßes Wohngrundstück), werden bei der Heranziehung der Beitragspflichtigen, sofern sie über maximal fünf Wohnheiten verfügen, nur begrenzt wie folgt berücksichtigt:
- von 2.123 qm bis einschließlich 3.264 qm (=doppelte Durchschnittsfläche) mit 30 %
 - die restliche Grundstücksfläche, also ab 3.265 qm bis einschließlich 4.896 qm (dreifache Durchschnittsfläche) mit 20 %
- Die restliche Grundstücksfläche über 4.896 qm wird nicht veranlagt.
- (6) Für Wohngrundstücke, die von zwei oder mehreren Verkehrsanlagen erschlossen sind, wird die nach § 5 Abs. 2 ermittelte Grundstücksfläche nur mit 66,67 v.H. angesetzt. Dies gilt für Grundstücke, die zu einer Verkehrsanlage nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können und zusätzlich durch eine Erschließungsanlage erschlossen werden, für die Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB) erhoben wurden oder zu erheben sind, entsprechend.
- (7) Abs. 3 gilt nicht für Grundstücke in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten (§ 11 BauNVO) sowie für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

§ 13. Überleitungsregelungen

Die vor Inkrafttreten dieser Satzung auf die betroffenen Grundstücke geleisteten wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge werden auf die einmaligen Straßenausbaubeiträge angerechnet. Die betroffenen Grundstücke werden bei der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrags nicht berücksichtigt und auch nicht beitragspflichtig, bis die Gesamtsumme des Einmalbeitrags die vorgenannten Zahlungen erreicht haben, höchstens jedoch für die Dauer von 20 Jahren seit Entstehung des Beitragsanspruchs.

§ 14. Ordnungswidrigkeiten

Verstößt ein Beitragspflichtiger gegen seine Auskunftspflicht nach § 11 der Satzung oder begeht sonst eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 16 Abs. 2 KAG-LSA, kann diese mit einem Bußgeld bis zu 10.000,00 € geahndet werden.

§ 15. Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sie ist zeitlich begrenzt für begonnene und beendete Maßnahmen zwischen dem 15.06.1991 und dem 21.04.1999.

Gleichzeitig treten folgende bisherige Satzungen außer Kraft:

- Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für Verkehrsanlagen der Gemeinde Vockerode vom 10.03.2010
- Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für Verkehrsanlagen der Gemeinde Riesigk vom 15.12.2009
- Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für Verkehrsanlagen der Gemeinde Gohrau vom 16.03.2010
- Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für Verkehrsanlagen der Gemeinde Rehsen vom 08.02.2010

Oranienbaum-Wörlitz, den 15.09.2014

Zimmermann
Bürgermeister

Im Original unterschrieben und gesiegelt